

USA

DR. LARS HÄNSEL
ROMAN SEHLING

29. August 2012

www.kas.de
www.kas.de/usa
www.uspolitik.info

Romney-Ryan 2012

VOM REFERENDUM ZUR RICHTUNGSWAHL

Die beiden Kandidaten und ihre Super-PACs haben den Sommer über versucht, ihren Kontrahenten mit insgesamt über 526.633 Werbespots negativ zu charakterisieren. Dafür wurden bereits über eine halbe Milliarde Dollar ausgegeben. Trotzdem hat sich bei den Umfrageergebnissen nicht viel verändert. Bei nationalen Umfragen liegt Obama weiterhin relativ knapp vor Romney, auch wenn Romney in einigen der zehn Swing States aufholen konnte. Romneys Ziel war es zunächst, die Wahl in ein Referendum zu Obama zu verwandeln und dabei alles auf seine eigene Glaubwürdigkeit bei Wirtschaftsfragen zu setzen. Spätestens mit Romneys Nominierung von Paul Ryan als Vizepräsidentschaftskandidat ist aus dem Referendum über Obama eine Richtungswahl geworden, steht Ryan doch für eine klar konservative Haushalts- und Sozialpolitik.

Auch wenn eine Mehrheit der Wähler Romney bei der Wirtschaft mehr zutraut als Obama - bei der Frage, ob Romney ihr Wohl zum Anliegen hätte, bevorzugt die Mehrheit weiterhin Obama. Diesen vermeintlichen Mangel an „Anteilnahme“ will Romney nun mit der erneuten, öffentlichkeitswirksamen Vorstellung seiner Person auf dem Nominierungsparteitag im Tampa, Florida, beheben. Auch wenn er wahrscheinlich nicht die Herzen aller Wähler erobern kann, so sollen sie doch vor allem durch mehr Informationen über die Person Romney eine gewisse Zuneigung für den manchmal etwas ungelenkt auftretenden Mitt Romney entwickeln.

Obama liegt knapp vorn

Seit Mitte April hat sich bei den nationalen Umfrageergebnissen bemerkenswerterweise nicht viel getan. Obama führt in der Mehrheit der Umfragen mit einem kleinen Vorsprung von ca. 1 bis maximal 3 Prozent. (Dies liegt zudem im Bereich der statistischen Toleranz.) Die Ernennung Ryans hat bisher nicht viel an den nationalen Umfragen für Romney geändert.

Wenn man die regionalen Ergebnisse betrachtet, so konnte Romney in den vergangenen Monaten in mehreren der sogenannten Swing States den Rückstand aber entweder verringern oder gar in Führung gehen. Momentan liegt er bei der entscheidenden Zahl der Wahlmänner weiterhin deutlich hinter Präsident Obama.

Um Präsident zu werden benötigt man eine Mehrheit von 270 Wahlmännern. Wenn man den beiden Kandidaten die Bundesstaaten zurechnet, die höchstwahrscheinlich und wahrscheinlich für sie votieren werden, dann kann Präsident Obama heute mit 221 und Romney mit 191 Wahlmännern rechnen. Der Vorsprung Obamas wird daher die kommenden zwei Monate dominieren.

\$500 Millionen Sommer

Angesichts der Tatsache, dass die beiden Kampagnen die vergangenen Monate damit verbracht haben, sich gegenseitig zu diffamieren, ist es überraschend, dass nicht mehr Bewegung in die Umfrageresultate gekommen ist. Seitdem Romney Mitte April der de facto Kandidat der Republikaner geworden ist, wurden bis heute insgesamt 526.633 Werbespots im Fernsehen gezeigt. So haben beide Seiten insgesamt knapp ei-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
ROMAN SEHLING

29. August 2012

www.kas.de

www.kas.de/usa

www.uspolitik.info

ne Halbe Milliarde Dollar dafür ausgegeben, die andere Seite für den Wähler zu „charakterisieren.“ Ein großer Teil der Werbespots waren negative Angriffe auf den politischen Gegner.

Romney wurde so z. B. indirekt für den Krebs-Tod der Frau eines Stahlarbeiters verantwortlich gemacht. Dieser hatte seine an den Arbeitgeber gekoppelte Krankenversicherung nach der Übernahme des Stahlwerks durch Bain Capital verloren. Mit solcher z.T. an Verleumdung grenzender Werbung verloren beide Kandidaten deutlich an Ansehen bei den Wählern: Vor genau vier Jahren noch schätzten 63 Prozent der Wähler Barack Obama, heute sind es 53 Prozent. Damals war auch McCain geachtet: 59 Prozent schätzten ihn, von Romney sagen dies nur 48 Prozent.

Economy or Empathy?

Dabei attackierten die Demokraten und die ihnen nahestehenden Super-PACs von Anfang an Romneys erklärte politische Trumpfkarte gegenüber Präsident Obama – seine Wirtschaftskompetenz. Aufgrund der wenig Hoffnung verbreitenden Wirtschaftsdaten und Arbeitslosenzahlen ist dies die Achillesferse Obamas. Aber auch wenn eine Mehrheit der Bevölkerung Romney mehr Wirtschaftskompetenz zuschreibt, so muss er doch bei weiten Teilen der Bevölkerung noch weiter um Vertrauen werben.

Laut einer NBC News/Wall Street Journal Umfrage von Mitte vergangener Woche meinten 52 Prozent der Wähler, dass Obama sich für die Belange des Durchschnittsbürgers interessierte, nur 30 Prozent meinten dasselbe von Romney. Bei einer ähnlichen Umfrage von CNN/ORC führte Obama mit 14 Prozentpunkten bei den Fragen, welcher Kandidat einen Bezug zur Mittelklasse hätte und sich um die Belange der Bürger kümmern würde. Die schwelende Sorge von Romneys Wahlkampfstrategen um die öffentliche Wahrnehmung eines mangelnden Mitgefühls ihres Kandidaten wurde mit der Ernennung von Paul Ryan zum Vizekandidaten nicht beschwichtigt.

Vom Referendum zur Richtungswahl

Vor zwei Wochen kritisierten mehr als drei Dutzend republikanische Wahlkampfberater im Gespräch mit der Zeitung Politico anonym die Ernennung Paul Ryans. Sie äußerten ihre Sorge, dass damit Romney seine Chance auf den Sieg im November verspielt hätte. Denn die Ernennung Ryans bedeutete, dass es nicht mehr nur um die Misserfolge der Obama-Regierung gehen würde, sondern sich der Blick der Öffentlichkeit auch auf die profilierten und umstrittenen Haushaltspläne des Abgeordneten Paul Ryan richten wird.

Ryan war zum Liebling der Tea Party geworden, weil er versuchte, das Problem der Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen – und dabei auch nicht davor zurückschreckte, Tabus zu brechen. Ryans Budgetpläne als Vorsitzender des Haushaltsausschusses setzten den Rotstift gerade bei vielen Sozialprogrammen an. Einen Namen machte er sich insbesondere mit dem Vorschlag, die staatliche Krankenversicherung für Rentner und Ärmere (Medicare und Medicaid) zu kürzen und effektiv durch ein Voucher-System zu privatisieren.

Die Demokraten haben diese bei vielen umstrittenen Pläne bereits erfolgreich im Wahlkampf eingesetzt. Romney betont zwar immer wieder, dass am Ende seine eigenen Pläne umgesetzt werden, muss sich aber nun auch mit der Kritik an Ryans Plänen auseinandersetzen.

Ironischerweise bringen diese konkreten Budgetpläne das Team Romney-Ryan auch deswegen in die Bredouille, weil viele Details von Romneys Plänen sehr vage bleiben. Romney setzte sich zunächst dafür ein, das Staatsdefizit zu verringern. Neuerdings spricht er sich für Einkommenssteuerkürzungen aus. Wie genau beide Ziele gleichzeitig umzusetzen sind, will er aber noch nicht verraten. Dabei sollen nach seiner Vorstellung staatliche Programme - mit Ausnahme des Militärs - generell gekürzt werden. Im ersten gemeinsamen Interview der beiden Herausforderer ging es deswe-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
ROMAN SEHLING

29. August 2012

www.kas.de

www.kas.de/usa

www.uspolitik.info

gen auch mehr um die detaillierten Pläne Ryans, was Beobachter sarkastisch von einem Team Ryan-Romney 2012 sprechen ließ.

Generell ist jedoch klar, dass Ryans Ernennung die Wahl von einem Referendum über Obamas Amtszeit in eine eigentliche Richtungswahl über die ganz grundsätzliche Zukunft der USA verwandelte: Welche Rolle und welches Ausmaß soll der Staat in Zukunft in der Gesellschaft wahrnehmen? Die Wähler haben nun eine Wahl zwischen zwei verschiedenen Richtungen, für welche die Präsidentschaftskandidaten stehen. Obama präsentiert sich dabei als derjenige, der das bisherige System mit einer insgesamt stärkeren Rolle des Staates - etwa für die soziale Absicherung - verbessern möchte. Romney steht für einen Neuanfang, der die Rolle des Staates insgesamt, vor allem jedoch bei den sozialen Sicherungssystemen zurücknehmen möchte.

Einem Abbau Staatsschulden müssen sich die Politiker beider Parteien dabei in jedem Falle stellen: Laut dem unparteiischen Congressional Budget Office belaufen sich die US-Staatsschulden bis Ende des Jahres auf knapp 73 Prozent des BIP. Dies wäre der höchste Stand seit 1950 und rund doppelt so hoch, wie noch vor fünf Jahren.

War on Women?

Vor einer Woche dann ließ der Kommentar des republikanischen Senatsanwärters und Abgeordneten aus Missouri, Todd Akin, die Herzen der Demokraten wieder höher schlagen. In einem Interview meinte er, dass im Fall einer "tatsächlichen Vergewaltigung" der weibliche Körper die Fähigkeit hätte, eine Schwangerschaft zu unterbinden. Dies hat einen Sturm der Entrüstung ausgelöst – unabhängig von Parteizugehörigkeit.

Präsident Obama höchstpersönlich nutzte die Gelegenheit, um sich zu Wort zu melden: „Diese Kommentare zeigten deutlich, wieso nicht ein paar Politiker, von denen die meisten Männer wären, im Namen von Frauen Entscheidungen zur Gesundheitsvorsorge treffen sollten.“ Republikaner, darun-

ter Parteichef Reince Priebus, forderten Akin öffentlich auf, die Kandidatur für den Senat aufzugeben. Allerdings nutzten dies die Demokraten, um republikanische Positionen zur Abtreibung zu kritisieren. Paul Ryan hatte z.B. den Abgeordneten Todd Akin unlängst als ein Beispiel für die „Zukunft Amerikas“ bezeichnet und mit ihm in der Vergangenheit Gesetzgebung initiiert, die Abtreibung in allen Fällen für illegal erklären sollte.

Auch wenn republikanische Wähler keineswegs eine einheitliche Meinung zu diesen Fragen haben, sind republikanische Positionen zu diesen Fragen in der Öffentlichkeit schwerer zu vermitteln. Eine Umfrage von NBC/Wall Street Journal bestätigte dem Präsident dann auch, dass 52 Prozent der Bevölkerung ihm mit den Belangen von Frauen vertrauten. Romney vertrauten nur 24 Prozent.

Zu einem Zeitpunkt als die Republikaner sich nach der Ernennung Ryans wieder auf das Thema Wirtschaft „einschießen“ wollten, stellte dieser Kommentar eine willkommene Ablenkung von den Arbeitslosenzahlen für die Demokraten dar. David Frum, ehemaliger Redenschreiber von Präsident George W. Bush: „In jeder Minute die Mitt Romney und Barack Obama über Arbeitsplätze debattieren, verschlechtert sich die Chance für Obama wiedergewählt zu werden. Jede Minute die beide mit anderen Themen verbringen, erhöht die Chance für Obama wiedergewählt zu werden.“ Um die Akin-Affäre also nicht zu schnell wieder in Vergessenheit geraten zu lassen, haben die Demokraten mehrere Rednerinnen ins Programm für ihren Parteitag in Charlotte aufgenommen. Darunter ist Lilly Ledbetter, der Präsident Obamas erstes Gesetz - gegen Lohndiskriminierung - gewidmet ist. Ebenso auch Sandra Fluke, die Jura-Studentin, die von Demokratischen Abgeordneten zu einer Kongress-Anhörung eingeladen und dann von republikanischen Abgeordneten das Wort verweigert wurde – dafür aber später vom konservativen Radioshow-Host Rush Limbaugh vor Millionenpublikum u.a. als „Schlampe“ bezeichnet wurde.

USA

DR. LARS HÄNSEL
ROMAN SEHLING

29. August 2012

www.kas.de
www.kas.de/usa
www.uspolitik.info

Romney TV vs. Obamas Helfer

Auch wenn die Demokraten sich in der vergangenen Woche in einem unerwarteten Aufwind sahen, so sind sie doch deutlich unter Druck. In den vergangenen drei Monaten konnten Romney die Republikaner und ihnen nahestehende Super-PACs ihre Demokratischen Gegner beim Spenden sammeln deutlich übertrumpfen. Dabei gaben die Demokraten ihre Mittel auch deutlich schneller aus. Denn im Gegensatz zu den Republikanern, setzte Obamas Kampagne nicht nur auf TV-Werbung um ihren Kontrahenten früh im Bewusstsein der potentiellen Wähler zu charakterisieren, sondern auch auf den Ausbau des Netzwerkes an Unterstützern vor Ort in den Swing States. Das Team Romney scheint - wie bereits in den Vorwahlen - seinen Kontrahenten mit dem massiven Einsatz von TV-Werbung auch seitens der ihm nahestehenden Super-PACs bezwingen zu wollen.

Der Ausbau bzw. Wiederaufbau des Netzwerkes an Sympathisanten ist für die Demokraten auch dringend notwendig. Vor vier Jahren identifizierten sich noch knapp 51 Prozent der registrierten Wähler entweder als Demokrat oder als den Demokraten nahestehender unabhängiger Wähler und 39 Prozent als Republikaner bzw. den Republikanern nahestehender unabhängiger Wähler. Heute ist der Vorsprung von ehemals 12 Prozentpunkten auf 5 Prozentpunkte geschmolzen (48% zu 43%). Laut dem den Demokraten nahestehenden Think Tank Third Way ist die Zahl der als ‚Demokraten‘ Registrierten in acht Swing States um insgesamt über 800.000 Registrationen zurückgegangen. Die Anstrengungen der Republikaner, in einigen Swing States eine in den USA eher untypische Ausweispflicht zur Stimmabgabe einzuführen sowie die Uhrzeiten der Vorauswahl zu verringern, zielen in den Augen der Demokraten nur darauf ab, die Wahlbeteiligung der ihnen gewogenen Wählergruppen zu verringern. Zu nennen wären hier insbesondere Arme, Jugendliche und Minderheiten.

Kampf um Minderheiten

Romney versucht gerade bei Minderheiten, einer – auch für Obama – wichtigen demografischen Wählergruppe zu punkten. Auch wenn nicht erwartet werden kann, dass er z.B. eine Mehrheit der Latino-Wähler hinter sich vereinigen kann, so hat er sich offenbar das Ziel gesetzt, zumindest 38 Prozent der Wählergruppe von sich zu überzeugen. Neben dem Tea Party Liebling Chris Christie, Gouverneur von New Jersey, bringt er auch Senator Marco Rubio aus Florida, Gouverneurin Susana Martinez aus New Mexico, Senatsanwärter Ted Cruz aus Texas sowie Gouverneurin Nikki Haley aus South Carolina und Gouverneur Bobby Jindal aus Louisiana zum Parteitag nach Florida. Diese Politiker stellen die Zukunft der Partei dar – sie sind jünger, ethnisch vielfältiger – und deutlich von der Tea Party geprägt.

Laut langjährigen Beobachtern ist das Programm des Nominierungsparteitages in diesem Jahr so konservativ wie noch nie in der jüngsten Geschichte, so z.B. Russ Walker, Tea Party Organisator und Parteiprogramm-Ausschussmitglied. Damit zeigt sich einerseits der Einfluss der Tea Party bei den Republikanern. Andererseits wird darin auch ein Abbau der Spannungen deutlich, welche lange zwischen der Tea Party Bewegung und der traditionellen republikanischen Partei existierten.

Romney gewinnt die GOP für sich

Der ungeliebte Kandidat Mitt Romney hat es bisher weit gebracht. Trotz der mehrfachen Änderung seiner Haltung zu republikanischen Grundwerten wie Abtreibung, Waffenkontrollrecht, Klimawandel und einer allgemeinen Sozialversicherungspflicht sowie trotz seines Glaubens und einer fehlenden persönlichen Warmherzigkeit im Wahlkampf – scheint Romney letztendlich erfolgreich zu sein, die Partei von sich zu überzeugen. Auf dem Nominierungsparteitag wird dies deutlich zu spüren sein. Kritiker unter den Republikanern werden in Tampa womöglich dennoch versuchen, sich Gehör zu verschaffen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA

DR. LARS HÄNSEL
ROMAN SEHLING

29. August 2012

www.kas.de

www.kas.de/usa

www.uspolitik.info

In Umfragen konnte Romney nicht von Paul Ryan als Vizepräsidentschaftskandidaten profitieren. Dennoch konnten Beobachter bei Romney mit Paul Ryan an seiner Seite auch eine bisher vermisste Gelöstheit und Freude am Wahlkampf ausmachen. Diese ist wichtig vor allem für die Motivierung der Basis. Spätestens Donnerstagabend, wenn Romney sich als der offizielle Präsidentschaftskandidat der Republikaner vorstellen wird, zeigt sich dann, ob dies gelingt.

Die Demokraten nehmen Romney schon jetzt sehr ernst und brechen mit der Tradition, während der Parteitage des Gegners nicht die Show zu stehlen. Die Demokraten haben stattdessen vor, u.a. Vizepräsident Biden höchstpersönlich zu einem Wahlkampfauftritt nach Tampa zu schicken. Außerdem ist eine große Schar von Bloggern der Demokraten unterwegs, welche die Deutungshoheit nicht den Medien überlassen wollen, sondern jede Rede der Republikaner sofort mit eigener Wertung versehen und diese auf sozialen Netzwerken veröffentlichen.

Mit dem Nominierungsparteitag in Tampa, Florida hat spätestens jetzt die heiße Phase des Wahlkampfes begonnen.